

GASTWIRTSCHAFT

Aus Tragödien lernen

Innovation und ihre Folgen können tückisch sein



Von Marcel Schütz

Fünf Jahre ist es her, dass die „Ponte Morandi“, die Autobahnbrücke von Genua am 14. August 2018 einstürzte und 43 Menschen in den Tod riss. Der seit vergangenem Jahr laufende Gerichtsprozess wird viel Zeit beanspruchen. 59 Personen aus Management, Aufsicht und Technik sind angeklagt.

Dabei begann alles einmal höchst innovativ. Die 1967 fertiggestellte Brücke wies eine Besonderheit auf. Die von den Pylonen zum Fahrbahnträger reichenden Stahlseile wurden mit einer Beton-Ummantelung versehen. Dies sollte vor Korrosion schützen und optischen Wünschen genügen. Es führte aber dazu, dass die Stahlseile einer direkten Sicht und damit einer regelmäßigen, einfachen Wartung entzogen wurden.

Schon in der Bauphase entstanden, neben anderen Konstruktionsproblemen, an der Betonummantelung Schwachstellen, die die Korrosion der Seile noch verstärkten. Durch die Einbetonierung gestaltete es sich kompliziert und kostspielig, die Seile zu warten. Erforderliche Maßnahmen wurden Jahrzehnte vernachlässigt, der Betreiber erfuhr keine externe Prüfung. Eine fatale Konstellation.

Unabhängig der juristischen Dimension offenbart der Fall ein Risiko aller technologisch-baulichen Innovationen. Werden in einem bewährten, vertrauten Verfahren neuartige Komponenten hinzugefügt, können unbekannt, über lange Zeit unsichtbare, unerwünschte Effekte eintreten. Auch beispielsweise im Flugzeug- und Eisenbahnbau erkannte man ähnliche Probleme. Zertifizierungs-, Wartungs- und Aufsichtsmängel tragen ihr Übriges bei.

Dabei haben Organisationen ein ureigenes Interesse, sich vor der Verunsichtbarung und Vernachlässigung ihrer eigenen Sicherheitsstrukturen zu schützen. Schadensfälle gehen mit hohen materiellen und Reputationskosten einher. Deshalb müssen Organisationen ihre Technologien im tatsächlichen betrieblichen Kontext und hinsichtlich der Folgen verstehen, Störungen aufspüren, geeignete Kontrollen durchführen und aufmerksam weiterentwickeln.

Die bittere Realität ist, dass man klüger wird, wenn etwas Schlimmes eintritt. Gescheiterte Bauweisen und Methoden werden verworfen, Wartungen optimiert, man denkt gründlicher über Konstruktionen nach. Das rettet künftiges Leben. So hart es klingt: Tragödien sind dann nicht völlig sinnlos.

Der Autor ist Professor für Organisation und Management an der Northern Business School Hamburg.

NACHRICHTEN

Bundesbank rechnet nicht mit Wirtschaftswachstum

Die deutsche Wirtschaft wird der Bundesbank zufolge nach der Stagnation im Frühjahr auch im Sommer nicht in Schwung kommen. „Im dritten Quartal 2023 wird die deutsche Wirtschaftsleistung wohl erneut weitgehend unverändert bleiben“, hieß es in dem am Montag veröffentlichten Monatsbericht der Notenbank. dpa

Bericht: Habeck will Chinas Investitionen prüfen

Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will den zunehmenden Einfluss Chinas in der deutschen Wirtschaft verringern. Das „Handelsblatt“ berichtete, Habeck wolle die Regeln

für die Prüfung ausländischer Investitionen in Deutschland massiv erweitern. Dafür habe er ein „Investitionsprüfgesetz“ auf den Weg gebracht. Eine Sprecherin des Wirtschaftsministeriums sagte am Montag in Berlin, Eckpunkte für ein solches Gesetz seien in die Ressortabstimmung gegangen. Sie könne nicht auf Details eingehen. dpa

Deutsche Möbelbranche leidet unter Konsumflaute

Die aktuelle Konsumzurückhaltung in Deutschland trifft die heimische Möbelindustrie hart. Die Auftragseingänge der deutschen Möbelhersteller hätten in den ersten sieben Monaten dieses Jahres teils erheblich unter dem Vorjahr gelegen, berichtete der Geschäftsführer der Verbände der deutschen Möbelindustrie Jan Kurth am Montag in Köln. Die Branche rechnet deshalb in diesem Jahr nominal mit einem

„Umsatzrückgang von fünf bis sieben Prozent“. Preisbereinigt wären die Einbußen noch höher. Auch für das kommende Jahr sei mit weiter schwierigen Bedingungen für die Branche zu rechnen, so der Verband. dpa

Conti könnte Geschäft mit Auto-Teilen verkaufen

Continental-Aufsichtsratschef Wolfgang Reitzle prüft einem Medienbericht zufolge eine Konzentration des Dax-Konzerns auf die Reifen- und Gummigeschäfte. In der seit längerem geführten Diskussion über die Konzernzusammensetzung lege Reitzle den Fokus auf das Stammgeschäft des Hannoveraner Autozulieferers und Reifenherstellers, berichtete das „Manager Magazin“ am Montag unter Berufung auf das Umfeld der Konzernspitze. So sollten zu den künftigen Kernbestandteilen des Konzerns die profitable Reifensparte und

das Geschäft der Kunststoffsparte Contitech gehören, das nicht auf die Automobilindustrie ausgerichtet ist. Conti-Vorstandschef Niko Setzer stütze inzwischen das Projekt, hieß es weiter. Erster Schritt soll demzufolge der Verkauf der Auto-Teile von Contitech sein. dpa

Wohnungsbau: Viele Firmen ohne Aufträge

Der Wohnungsbau in Deutschland setzt seine Talfahrt fort. Im Juli klagten 40 Prozent der vom Ifo-Institut befragten Unternehmen über Auftragsmangel, nach 34,5 Prozent im Juni. „Es braut sich ein Sturm zusammen. Nach einem langjährigen Boom würgen die höheren Zinsen und die drastisch gestiegenen Baukosten das Neugeschäft förmlich ab“, sagte Klaus Wohlrabe, Leiter der Ifo-Umfragen, am Montag in München. Zugleich würden laufende Projekte storniert. dpa

Giorgia Meloni rudert zurück

Nach Kritik verwässert Italiens Regierungschefin die geplante Übergewinnsteuer für Banken

VON DOMINIK STRAUB

Italiens Rechtsregierung steht vor einem schwierigen Herbst: Im Staatshaushalt für das kommende Jahr, der nach den Sommerferien ausgearbeitet werden muss, will Ministerpräsidentin Giorgia Meloni diverse Wahlversprechen einlösen, etwa die Senkung der Steuern auf Arbeit und die Verlängerung großzügiger Regelungen für die Frühpensionierung. Das aber kostet Dutzende von Milliarden Euro, die die Regierung nicht zur Verfügung hat. Was liegt also näher, als das Geld dort zu holen, wo gerade die Gewinne sprudeln, also bei den Banken?

Mit einer Anfang August beschlossenen Übergewinnsteuer für die Banken im Jahr 2024 erhoffte sich die Regierung Zusatzeinnahmen von drei bis sieben Milliarden Euro: Die Geldhäuser verdienen wegen der Zinserhöhungen durch die Europäische Zentralbank (EZB) im Kreditgeschäft derzeit rund einen Drittel mehr als üblich, weil sie den Kreditnehmern die höheren Zinsen weitergeben, während auf Spareinlagen weiterhin keine oder nur minimale Zinsen gutgeschrieben werden. Doch die Aktion, die Meloni weder mit den Banken noch mit der EZB abgesprochen hatte, ging gründlich schief: Allein schon die Ankündigung der Sondersteuer löste an der Mailänder Börse einen Kurssturz bei den Banken-Titeln aus, bei dem neun Milliarden Euro an Börsenkapitalisierung vernichtet wurden.

Die Regierung ruderte in der Folge ein erstes Mal zurück und beschränkte den Maximalbetrag der zu entrichtenden Steuer auf 0,1 Prozent der Bilanzsumme der Banken und den Ertrag auf drei Milliarden Euro. Doch die massive Kritik an der Maßnahme legte sich damit nicht. Der Finanzexperte Francesco Giavazzi, Ex-Wirtschaftsberater von Mario Draghi, warnte, dass die Banken



Meloni braucht viel Geld für ihre Wahlversprechen.

IMAGO IMAGES

Auch mit einem anderen Staatseingriff hatte Meloni kein glückliches Händchen: Eine ebenfalls Anfang August beschlossene Obergrenze für Flugpreise hat bei den Airlines harsche Kritik ausgelöst. Das Regierungsdekret verbietet es den Gesellschaften, die Preise für Flüge nach Sizilien und Sardinien über ein Niveau hinaus zu erhöhen, das 200 Prozent über dem Durchschnittspreis für Flüge zu den beiden Inseln liegt. Ryanair-Chef Eddie Wilson bezeichnete die Maßnahme in der Folge als „lächerlich und illegal“; sie erinnere ihn an „sowjetische Verhältnisse“.

Ryanair und Lufthansa kritisieren Regierung

Dem Protest schlossen sich auch andere in Italien operierende Fluggesellschaften an, darunter Lufthansa und Easyjet. Sie bezeichnen den Regierungsentscheid als Verstoß gegen die Regeln des freien Marktes der EU. Tatsächlich dürfte auch diese Maßnahme nicht lange Bestand haben.

Ryanair-Boss Wilson ist im Übrigen nicht der Einzige, der sich in Rom inzwischen an sowjetische Zustände erinnert fühlt. Der wirtschafts- und finanzpolitische Interventionismus der Rechtsregierung hat liberale Publizisten und Beobachterinnen in ganz Italien bereits zur – halb ironischen, halb ernsthaften – Frage veranlasst, ob aus der Postfaschistin Meloni nun plötzlich eine Marxistin geworden sei. Tatsächlich können viele der jüngsten Regierungsdokumente unter dem Motto von Robin Hood gestellt werden, das auch in kommunistischen Regimes Konjunktur hatte und dem auf Dauer kein Populist und keine Populistin widerstehen kann: Nimm das Geld von den Reichen und verteile es an die Armen. Oder tue zumindest so.

wegen der neuen Steuer ihre Zinsen und Kommissionen anheben könnten und die Kreditbeschaffung für die Unternehmen damit noch komplizierter und teurer würde. Ausserdem bestehe die Gefahr, dass die Banken weniger in Staatsanleihen investieren könnten. Das wäre fatal, weil die Kreditinstitute etwa ein Viertel der italienischen Staatsschulden halten und die EZB den Kauf der Anleihen eingestellt hat. „Die Steuer könnte zum Eigentor werden“, betonte Giavazzi.

Angesichts der Risiken wird die Regierung die Übergewinnsteuer nach italienischen Medienberichten in den nächsten Tagen

weiter verwässern. Laut dem „Corriere della Sera“ will Meloni angesichts des akuten Geldbedarfs der Regierung zwar auf der Bezahlung der Steuer im nächsten Jahr bestehen, doch in den folgenden fünf bis zehn Jahren soll die Sonderabgabe den Banken in Form von Steuergutschriften wieder zurückerstattet werden. Damit würde die Steuer de facto zu einem Zwangsdarlehen der Banken an den Staat degradiert. Die Finanzinstitute könnten damit leben: „Ein Zwangsdarlehen wäre immer noch besser als eine Enteignung“, zitierte der „Corriere della Sera“ den Manager einer italienischen Großbank.